

Die „Volkstimme“
erscheint täglich mit Ausnahme
an Feiertagen.
Verantwortlicher Redakteur:
Friedr. Bahle, Magdeburg.
Für den Inseratenteil sowie
für die Rubrik „zur Sozialfrage“
verantwortlich:
Carl Bankau, Magdeburg.
Verlag von B. Harbaum,
Magdeburg-Neustadt.
Druck von E. Arnoldt,
Magdeburg.
Gernspruch-Anschluß
Nr. 1567, Amt I.

Volkstimme

Pränumerando zahlbarer
Abonnementpreis:
Bieteschäfel. inkl. Bringerlohn
2 Mk. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
In der Expedition u. den Aus-
gabestellen 2 Mk., monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mk.
inkl. Bestellgeld,
Einzeln Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.
Zeitungsliste Nr. 7095.
Inserationsgebühr 15 Pf.
Arbeitsmarkt 10 Pf.
für die gewöhnliche Zeile.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Redaktion und Expedition: Magdeburg, Schmiedehoffstraße 5 u. 6. Motto: Die Wissenschaft und die Arbeiter
Ferdinand Lassalle.

No. 118. Magdeburg, Mittwoch, den 22. Mai 1895. 6. Jahrgang.

Der Staatsbankrott.

Unter zahlreichen grellen Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft ist der am meisten hervorstechende der Staatsbankrott, wie er in letzter Zeit in europäischen quasi zivilisierten Ländern in die Erscheinung tritt. Nach Portugal — Griechenland und nun Serbien, das à la „Crispi“ regierte Land des Soperettenkönigs Milan. Man bedenke nur: der Staat, die absolute Idee der Vollkommenheit und Gerechtigkeit unserer idealistischen Staatsrechtler, der vollendetste Ausdruck der kapitalistischen, auf Recht, Ordnung und Sitte gegründeten Gesellschaft, macht Pleite gleich dem geriebensten Börsenspieler oder Altkleiderhändler. Und während der durch eigene Schuld zum Bankrott getriebene Privatmann in der öffentlichen Achtung sinkt, verliert das edelste Organ der kapitalistischen Gesellschaft, die Summe aller Einzelpersönlichkeiten, der Staat, nicht ein Jota an seiner staatsrechtlichen „Ehre“, wenn er sich zahlungsunfähig erklärt und seine Gläubiger einfach betrügt.

Der kapitalistische Staat hat eben seine eigene Moral oder vielleicht gar keine. Mögen die Staatsrechtslehrer ex cathedra auch verkünden, daß sich der Staat keiner unsittlichen Handlung schuldig machen soll, die den einzelnen Staatsangehörigen schändet oder in Strafe bringt — das eiserne Gesetz der modernen Staatswirtschaft spottet solcher „Lehren“. Der moderne Staat wirtschaftet schlimmer als der Privatunternehmer, denn die ausschließliche Grundlage seiner Wirtschaft ist der Pump. Borgt ihm das eigene Volk nichts mehr, so geht er ins Ausland, überliefert sich Wucherhänden, großen Finanzinstituten und Bankiersgruppen und haben ihn die Wucherer ausgefressen bis auf den letzten Blutstropfen, so giebt's eine Pleite. Nachdem geht dann das Geschäft von neuem los, gerade wie bei gewissen Privatleuten. Denn die Dummheit der kleinen Kapitalisten währt ewiglich.

Warum der Staatsbankrott eine öffentliche internationale Institution geworden ist, die man in früherer Zeit nicht kannte, ist leicht zu begreifen. Der Militarismus kostet ein Heibengeld, der bewaffnete Frieden kostet den modernen Staaten mehr als die Kriege des vorigen Jahrhunderts. Und da die kleinen, wirtschaftlich schwächeren Staaten naturgemäß am schwersten unter der Militärlast tragen, so purzeln sie auch zuerst, Serbien, das jetzt vor dem Bankrott steht, beweist dies. Bis zum Jahre 1876 gab es daselbst keine Staatsschuld, aber dank der militärischen „Reorganisation“ und den kostspieligen kleinen Scherzen seines nicht angestammten Herrschers betrug die serbische Staatsschuld 1887, nach 11 Jahren, bereits 286 Millionen Franken. Heute ist Serbien so weit vorgeschritten, daß es 340,7 Millionen Franken schuldig ist, wofür jährlich 21,7 Millionen Zinsen zu zahlen sind. Macht bei ca. 3 Millionen Einwohnern ca. 113 Franken Schulden pro Kopf der Bevölkerung. Das ist zwar im Vergleich zu anderen „Kulturstaaten“ sehr wenig, da in Deutschland jeder Kopf mit 231,5 Mark, in Frankreich mit 666,3 Mark, in Italien mit 336 Mark Staatsschulden belastet ist, aber relativ, in 24 Jahren und in Rücksicht auf die Kapitalarmut des Landes und seine schwachen Hilfskräfte ist es eine anerkennenswerte Leistung.

Mag sich der jüngste Staatsbankrotteur auch diesmal mit seinen Gläubigern arrangieren, um dann die Bankrott-wirtschaft in schnellerem Tempo weiterzureiben, der innere Verfall der kapitalistischen Militärstaaten nimmt seinen natürlichen Verlauf. Als nächste Konkursferze stehen Italien und Rußland auf der Liste.

Italien, nur noch durch die Crispische Gewalt- und Räuberpolitik künstlich zusammengehalten, wird über kurz oder lang von seinem lächerlichen Verjuche sich durch Einführung der Barvaluta ein zahlungsfähiges Aussehen zu geben, zur Papier- und Agriowirtschaft zurückkehren müssen. Rußland ist schon längst bankrott, es kann seine Verpflichtungen nur erfüllen, durch die Freundschaft Frankreichs, das nach sachkundiger Schätzung 7—8000 Millionen Franken russischer Staatspapiere im Besitz hat. Daß diese kostspielige Freundschaft in dem Augenblicke ein großes Loch bekommen muß, in dem der französische Rentner nicht mehr gewillt ist, der schwindelhaften russischen Finanzwirtschaft durch neue Opfer aufzuhelfen, ist klar. Ein Blick auf das russische Budget zeigt, in wie kurzer Zeit dieser Moment eintreten muß. Im Jahre 1850 war Rußland 1306 Millionen Franken schuldig, 1880 bereits 6234 Millionen und 1895 rund 17 000 Millionen Franken, durchschnittlich Zunahme von 1880 bis 1895 jährlich 733 Millionen. Daß eine derartige Wirtschaft nur durch sehr dunkle Manöver, die jeden Privatmann ins Zuchthaus bringen würden, aufrecht erhalten werden kann, beweisen die in einer Broschüre des russischen Unterhändlers de Cyon niedergelegten Indispositionen. Danach wird das Gleichgewicht des russischen Budgets in der

Weise hergestellt, daß man entweder aus dem Staatschatz beliebige Summen nimmt — 1890 162 Millionen Franken, 1892 296 Millionen Franken — oder einfach neue Schulden macht, um laufende Verbindlichkeiten zu erfüllen. Also ganz und gar das Gebahren eines leichtfertigen oder betrügerischen Bankrotteurs. (Ausführliche Mitteilungen über die russische Finanzwirtschaft finden sich in einem Artikel von P. Vefarque in Nr. 31 der Neuen Zeit 1894/95.)

Würde die Welt nicht immer noch nach der Drensternischen Sentenz regiert, so müßte der Bankrott der kleinen Staaten Europas einer Mene Telcel für die großen sein. Denn in ganz anderer Weise würde sich der Bankrott eines großen Staates geltend machen. Für Rußland wäre es der Moment des inneren Zusammenbruchs, die Revolution, das Ende des Kolosses, der wie ein vorflutendes Mastodon in die europäische Kultur hineinragt. So wird die kapitalistische Gesellschaft von allen Seiten durch den Umsturz bedroht und erschreckt: von oben durch die Staatsrechtler, von unten durch den Sozialismus und schließlich am meisten durch sich selbst, durch eine unter der Devise „nach uns die Sündflut“ arbeitende Finanzwirtschaft. Das Damoklesschwert des Bankrotts hängt über allen kontinentalen Staaten.

Wäre das nun verabschiedete Umsturzgesetz perfekt und die banauische Zentrumsweisheit Gesetz geworden, so hätten wir den jüngsten Pleitemacher Europas, Milans Serbien, nicht zum Ausgangspunkt unserer Betrachtung nehmen, auch nicht mit so wenig Ehrfurcht von anderen Ländern sprechen dürfen, fintelmalen „liebe Vettern“ deren Thronen würde deren bankrotte Finanzwirtschaft vor beschimpfenden und beleidigenden Angriffen, ja vor jeder Kritik schützen. Vielleicht hätte man dann nach Art des Marken- und Schutzgesetzes ein Register aufgelegt, in welches die der Kritik nicht zugänglichen geschützten Monarchien eingetragen worden wären? Wie es aber dann mit den durch die bankrotten Monarchien vollführten Angriffen auf das heilige Eigentum ausgegangen wäre, das mögen sich die glücklichen Besitzer portugiesischer, griechischer und serbischer „Werte“ beantworten; sie rächen sich für den Verlust ihres Eigentums einseitigen durch sehr beleidigende und despektierliche Äußerungen über gewisse Monarchien und liefern so ihrerseits einen drohenden Beweis von der Fülle widersprüchsvoller Erscheinungen in der kapitalistischen Gesellschaft. Vertreter von Besitz und Bildung werden durch gewisse monarchische Institutionen ihres Eigentums beraubt, und so aus frommen Paulussen zu rabiaten Saulussen gewandelt. Das wäre ein Sujet für Offenbach's Muse gewesen! —

Politische und volkswirtschaftl. Uebersicht.

Für die Auflösung des Reichstages tritt die Badische Nationalliberale Korrespondenz ein und meint, der Appell vom Reichstag an das Volk habe einer starken und zielbewußten Regierung noch nie versagt. Erhofft die Nationalliberale Korrespondenz von diesem „Appell“ Erfolge? Gerade die Nachwahlen der letzten Zeit sollten den Nationalliberalen gezeigt haben, daß es mit dem Nationalliberalismus in Deutschland bergab geht. —

Preussisches Vereinsgesetz.

Als erfunden bezeichnet die Norddeutsche Allgemeine Zeitung die Meldung der Volks-Zeitung, wonach im Ministerium des Innern äußerst intensiv gearbeitet werde, um eine Novelle zum Vereinsgesetz so schnell als möglich zustande zu bringen, damit es möglich sei, sie unmittelbar nach Pfingsten im Landtage einzubringen. Dann vielleicht im Herbst. —

Ueber den gesunkenen Ton in den Parlamenten klagt jetzt auch nach alten Mustern die National-Zeitung unter den in nationalliberalen Kreisen üblichen Angriffen auf das allgemeine Wahlrecht. Ist der National-Zeitung so ganz unbekannt, daß in dem aus dem Dreiklassenwahl-system entspringenen preussischen Abgeordnetenhaus kürzlich ein Auserwählter einem anderen Auserwählten das bekannte Citat aus dem Gdß von Verlichingen ins Gesicht geschleudert hat? Ist dergleichen schon im Reichstage passiert, der aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangen ist? Ja oder nein? —

Bismard ist von der Leipziger Fleischerrinnung zu ihrem Ehrenmitgliede ernannt worden. Auch nicht übel! Einer Deputation von Rheinländern gestand Fürst Bismard am Sonntag, daß die ihm bewiesenen Ehrungen den Errungenschaften gelten, die er gemeinsam mit Kaiser Wilhelm I., der Armee und der nationalen Gefinnung erkämpft habe. Er meinte ferner, seitdem er nicht mehr preussischer Minister sei, habe er mehr Glück in der Popularität gehabt. Sei ein aktiver Minister populär, so sei es immer zweifelhaft, ob er das nicht auf Kosten

seiner amtlichen Pflicht sei. Er habe immer den Ernst eines Wächterhundes an der Kette gehabt und habe gebissen, wenn er beißen mußte. Jetzt, wo er sich frei bewege, brauche er nicht einmal alles zu billigen, was er früher vertreten habe. — Von einer besonderen Ehrlichkeit in der Politik spricht diese letzte Auffassung allerdings nicht. —

Das geplante Attentat auf den Kaiser.

Nach Berliner Blättern stellte der Verteidiger des verhafteten angeblichen Anarchisten Krebs den Antrag auf Haftentlassung. Die Belastungszeugin widerrief die belastenden Aussagen, bezeichnete Rache als Motiv der Denunziation. Die polizeilichen Nachforschungen nach angeblich vergrabener Dynamit brachten natürlich keinerlei Ergebnis. —

Ueberproduktion von Zucker.

In der laufenden Kampagne sind in Deutschland bis Ende April schon 16 592 281 Doppelcentner Rohzucker erzeugt worden gegen 12 482 658 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Das ganze Betriebsjahr hat im Vorjahr nur eine Produktion an Rohzucker von 12 705 075 Doppelcentnern ergeben. Die Zuckerausfuhr ist bis Ende April gestiegen gegen das Vorjahr von 5 442 654 Doppelcentnern auf 7 400 974. Das Mehr an Produktion von rund 4 Millionen ist also zur Hälfte durch erhöhte Ausfuhr ausgeglichen, während die andere Hälfte von 2 Millionen Doppelcentnern auf dem inländischen Markt geblieben ist. —

Protest gegen das Branntweinsteuergesetz.

Die Kommission für die Novelle zum Branntweinsteuergesetz hat in zweiter Lesung eine Bestimmung angenommen, die eine große Gefahr für die beteiligten Gewerbe (Destillateure, Gast- und Schankwirte etc.) enthält. Danach würde es in Zukunft der Spekulation möglich sein, große Quantitäten Spiritus einzusperrern, um dann die Preise ins Ungemessene zu steigern, ähnlich und wahrscheinlich noch stärker wie bei der jüngsten Petroleumtreiberei. Bei der Eile, mit der das Gesetz behandelt wird, ist Gefahr im Verzuge. Zur Besprechung derselben hatte der Verein der Berliner Großdestillateure in Verbindung mit dem Verband der deutschen Ciqueurfabrikanten eine große Protestversammlung aller Beteiligten am Montag, den 20. d. Mts., nachmittags 5 1/2 Uhr, bei Buggenhagen, Moritzplatz, einberufen, welche stark besucht war und gegen die einschläglichen Bestimmungen protestierte. —

Gegenüber der Verteuerung des Petroleums.

wird, wie die Hamburger Nachrichten wissen wollen, von der Regierung eine differenzielle Zollbehandlung von rohem Petroleum und raffiniertem Petroleum erwogen, um die Einführung des rohen Petroleums und die Errichtung von Raffinerien in Deutschland zu erleichtern. —

Auch ein Beitrag zum Kampf für Sitte.

In Hamburger Blättern ist folgendes Inserat zu lesen: Five sisters Barrison. . . Neue Nummer: Das Lied von der Ketz und dem Schatz. Diese Nummer wurde unlängst in Berlin gelegentlich einer Amateur-Vorstellung vor Sr. Majestät dem Kaiser von fünf Gardeoffizieren als Barrison-Kopie zu Gehör gebracht.

Die fünf Barrisons sind die skandalösen Sängerrinnen eines Berliner Chantants. Ihre Force besteht im Rückwärtsgehen und Bloßstellen, und ihr Gesang enthält zotige Anspielungen. Die zotigen und unzuchtigen sisters (Geschwister) Barrison vor dem allerfrömmsten Hofe Europas durch fünf Gardeoffiziere, den Edelsten der Nation, copiert und das zur Zeit der Beratung des Umsturzgesetzesentwurfes! Das ist unmöglich, rein unmöglich. Nur etelshafte Reklame kann so etwas zu behaupten wagen! —

Zur Förderung kommunaler Arbeitsnachweis-Bureaus.

hat die württembergische Kammer 5000 Mark pro Jahr aus Staatsmitteln bewilligt, die verwendet werden sollen, um in größeren Städten die Errichtung von gemeindlichen Arbeitsnachweis-Bureaus zu unterstützen und eine Centralstelle für Arbeitsvermittlung zu schaffen. Es wurde anerkannt, daß die Naturalverpflegungstationen ihren Zweck verfehlt und daß die städtischen Arbeitsämter in Stuttgart, Ulm, Heilbronn, Eßlingen, Cannstatt und Ravensburg sich gut eingeführt haben. —

Oesterreich-Ungarn.

In ungarischen Abgeordnetenhause brachte die Regierung einen Gesetzentwurf ein, betreffend die Beendigung der Stromregulierung, für welche 56 Millionen Gulden aufgewendet werden sollen, die sich auf 12 Jahre verteilen. Die Kosten waren im Rahmen des Budgets auf 20 Jahre verteilt. —

Schweiz.

Das schweizerische Erbschaftssteuergesetz mit obligatorischer Inventarisierung in jedem Todesfall und Besteuerung auch des ilterlichen Erbteiles wurde an der kantonalen Abstimmung mit 34 190 gegen 21 278 Stimmen verworfen. —

Belgien.

Lehrer Eken mit fünf Stimmen unterlegen.

In die belgische Deputiertenkammer wurde bei der Stichwahl an Stelle des bisherigen sozialistischen Vertreter Bailly (Katholik) mit Unterstützung der gemäßigt Liberalen gewählt; er erhielt 22188 Stimmen, während sein Gegenkandidat Eken (Sozialist) nur 22183 Stimmen erhielt.

Frankreich.

Die Aufhebung des Anarchistengesetzes beantragt.

Gerault — Richard und 34 sozialistische Abgeordnete haben die Aufhebung des unter dem Ministerium Dupuy votierten Anarchistengesetzes beantragt. Der Antrag dürfte am Montag zur Beratung gestanden haben.

Dänemark.

Zum Polizeifandal in Kopenhagen.

Nach einem der Frankfurter Zeitung zugegangenen Berichte nimmt der Polizeifandal in Kopenhagen einen immer größeren Umfang an. Anlässlich des Selbstmordes des Polizeinspektors Korn waren bekanntlich vielfach Klagen über die in der Sittenpolizei herrschenden Zustände erhoben worden und obgleich der Polizeidirektor gegen diese Beschuldigungen protestierte und dieselben als grundlos bezeichnete, wurde doch vom Stadtrate eine Kommission gewählt, um die Sache zu untersuchen. Diese Kommission hat nun festgestellt, daß mehrere höhere Beamte der Sittenpolizei ihre Stellung schändlich mißbraucht, große Bestechungen angenommen und große Unterschlagungen begangen haben. Gestern wurde nun der Polizeinspektor Petersen verhaftet, mehrere seiner Kollegen dürften abgesetzt werden. Man erwartet auch den Rücktritt des Polizeidirektors, der selbst stark kompromittiert sein soll. Die Presse ist über diese Vorgänge empört und verlangt eine gründliche Veränderung des ganzen Systems, das sich so faul gezeigt hat.

Vereinigte Staaten.

Die Maschine raubt dem Arbeiter die Arbeit.

Durch die arbeitssparenden Maschinen ist nach einer amtlichen Statistik die Zahl der Arbeiter in den Vereinigten Staaten in einer ganzen Anzahl Arbeitszweigen stark vermindert worden. So soll in Newyork aus diesem Grunde die Zahl der Schreiner um 15 Prozent geringer sein. Knopflochmacher gebe es jetzt 50 Prozent weniger als vor einigen Jahren, Hemdenmacher 33 Prozent, Bäcker und Konditoren 20 Prozent, Möbelmacher 35 Prozent, Seher 41 Prozent, Schriftdrucker 50 Prozent, Seidenbandweber 40 Prozent und Holzschneider 62 Prozent weniger. Diese Verminderung der Arbeitsgelegenheit trägt zu der Erkenntnis bei, daß die Errungenchaften der Technik Gemeingut des Volkes sein müssen.

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

* Zuzug von Malern ist fernzuhalten von Dortmund, Nürnberg, Fürth und Karlsruhe. In Lübeck hat der Streit mit einem teilweisen Siege geendet.

* Die Töpfer werden ersucht, den Zuzug zu vermeiden nach Götting, Stettin, Berlin, (wo folgende Firmen gesperrt sind: Lital, Brack, Grapp, Jünger, Wenzel und Daber in Nirsdorf) ferner nach der Firma Herzog in Breslau, für Werkstattarbeiter nach Nürnberg (Firma Kistler). In Bukarest ist die Firma Bege gesperrt.

* Von den Schmöllner Knopfabrikern, die am Streit teilnahmen, haben noch nicht alle, sondern 740 ihre Forderung durchgesetzt, während 160 noch im Auslande verharren müssen, da deren Prinzipale — drei an der

Zahl — noch nicht bewilligt haben. Die 160 Mann sind also noch zu unterstützen. Adresse: Bohne in Stuttgart, Büblingerstr. 127.

* Die Steinseker Sagans, die bis jetzt bei elfstündiger Arbeitszeit 28 Pfg. Stundenlohn (ältere Arbeiter gar nur 18 Pfg.) beziehen, wollen Aufbesserung dieses jämmerlichen Lohnes haben. Ihr Begehren ist abgelehnt worden. Um Vermeidung des Zuzuges wird ersucht.

* Wegen Maßregelung eines Kollegen, der bei der Firma Brand und Barandshy, Metallwarenfabrik in Markranstädt, um Freigabe des 1. Mai vorstellig wurde, wird gebeten, bis auf weiteres den Zuzug fernzuhalten. Das gleiche Gesuch wird an die Formier in Beziehung auf die Fabriken Offenbachs a. M. gerichtet.

* In Fürth sind die Arbeiter der Postenträgerfabrik von Heimann im Ausstand.

* Zur internationalen Konferenz der Bildhauer die am 5. Juni d. J., vormittags 9 Uhr, in Nürnberg in den Centralsälen am Marthor zusammentreten wird, ist folgende Tagesordnung vorgeschlagen: 1. Bericht (mündlich oder schriftlich) über die Lage der Bildhauer bezw. über den Stand der Organisation in den verschiedenen Ländern. 2. Wie muß eine Vereinigung beschaffen sein, um ihrem Hauptzweck, Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu entsprechen? 3. Wie sind die nichtorganisierten Bildhauer zu organisieren, mit besonderer Berücksichtigung Italiens. 4. Empfiehlt sich die Einrichtung eines internationalen Sekretariats? Der Konferenz voran geht die General-Versammlung des Centralvereins der Bildhauer Deutschlands, die am 3. Juni, vormittags 9 Uhr, in demselben Lokal zusammentritt.

Aus den Gerichtssälen.

§ Magdeburg. Die zweite Verhandlung vor dem hiesigen Schwurgericht richtet sich gegen den früheren Posthilfsboten Julius Blume zu Weizendorf, geboren 1872, evangelisch, unbestraft, wegen Unterschlagung und schwerer Urkundenfälschung. Die Verteidigung führt der Referendar Ziehrvogel. Der Angeklagte war bei dem dortigen Postamt beschäftigt und erhielt im Juli 1894 von einer Arbeiterfrau 20 Mk. nebst 20 Pfg. Porto mit dem Ersuchen, den Betrag als Strafgeld an den ersten Staatsanwalt in Magdeburg mittels Postanweisung zu übersenden. Blume verwendete davon 10 Mk. für sich zur Bezahlung von Arzt und Kurkosten. Als er am 16. August von der Abhenderin wegen des Postscheins gestahnt wurde, zahlte er 10 Mk. ein und fälschte dann den Posteinkaufsschein in der Weise, daß er die Zahl 10 wegradierte, die Zahl 20 darüber setzte und das Datum auf den 6. August umänderte. Den Schein überbrachte er demnachst der Auftraggeberin, die ihm für seine Bemühung 10 Pfg. geschenkt hatte. Der Angeklagte räumte seine Schuld ein. Die Geschworenen billigten ihm mildernde Umstände zu und ihrem Wahrsprüche gemäß, der bei der Urkundenfälschung den erschwerenden Umstand — um sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen — verneinte, erkannte der Gerichtshof wegen Unterschlagung und einfacher Urkundenfälschung auf 3 Monate und 2 Wochen Gefängnis.

§ Leipzig. (Stempelstrafe.) Vom Landgericht Halle erhielt am 22. Januar der Landwirt Hermann Stolte eine empfindliche Stempelstrafe zu büßen. Er hatte am 10. März 1894 von den Erben des verstorbenen Notars Wölffel in Meuselburg das diesen gehörige, in Burgliebenau belegene Bauerngut für 207500 Mk. gekauft, aber den Stempel in Höhe von 1 Prozent der Kaufsumme nicht bezahlt. Er will geglaubt haben, nicht dazu verpflichtet

gewesen zu sein, weil er die stipulierte Anzahlung von 50000 Mk. nicht geleistet und das Gut sogleich verkauft resp. cediert hatte. Das Hauptsteueramt Naumburg erließ gegen ihn einen Strafbefehl in Höhe von 8300 Mk. und das Landgericht Halle bestätigte denselben. Die Strafe beträgt nach dem Besetze das vierfache der hinterzogenen Stempels. — Die Revision des Angeklagten gegen das Urteil wurde gestern vom Reichsgericht verworfen.

§ Zwidau. (Ihren Sohn erdrosselt.) Cora Müll aus Zwidau ergroßte mit einem Bindfaden ihre drei Jahre alten Sohn aus — Nahrungsforzen. Das Geschworenengericht verurteilte die arme Frau zum Tode.

Tages-Chronik.

Magdeburg, 21. Mai 1895. — Sonntagsheiligung. Man schreibt uns: Gottes Gebot lautet: Sechs Tage sollst Du arbeiten und am siebenten ruhen. Gelegenheit hat, Sonntags früh verschiedene Neubauer in Augenschein zu nehmen, wird finden, daß geschäftige Hände thätig sind zur Ausfüllung innerer Arbeiten. Bestochlen und geräuschlos gehen die Arbeiter hin und her, jedes Geräusch wird vermieden, und wer nicht zufällig auf die Vorgänge im Bau aufmerksam gemacht wird, wird von einer „Sonntagsheiligung“ nichts wahrnehmen können, da die Schuplanken völlig geschlossen sind. Man sehe sich nur einmal die Knauer'schen Neubauer an der Ringstraße und Bappellallee an. Dort kann jeder Interessent Sonntags früh einige Maurer und Handlanger unter Leitung eines Vorarbeiters beschäftigt finden. Die Gesehgebung ist bemüht, der langen Arbeit eine Grenze zu ziehen und raßt jeden, der sich erdreistet, die Arbeiter am Sonntag zur Arbeit zu zwingen. Hier treten aber Arbeiter auf, die nicht nur das Gesetz mit Füßen treten, sondern sich verloben an ihre Mitmenschen. Arbeiter, welche ihre Klassenlage erkennen, welche nicht den egoistischen Grundbesitz verfechten: „Wenn ich nur verdienen wenn ich nur Arbeit habe — was kümmern mich meine Mitmenschen, werden freilich des Sonntags nicht arbeiten. Ich hoffe, daß diese Belohnung der Arbeiter, welche so pflüchvergeffen sind, welche den Arbeitslosen Lohn und Brot nehmen, zu Belicht kommen und hoffe weiter, daß der Baumeister in Zukunft die Sabbatstünderei auf seinen Bauteilen unterläßt.“ (R. S.)

— Sonntagsruhe beim Militär. Vom Eisenbahzuge aus konnten Reisende Sonntag nachmittag 3 Uhr Soldaten auf dem Plage hinter dem Wagenwägen am Eubenburger Thor in vollster Beschäftigung sehen.

— Erschossen hat sich der Sergeant Schweinder der 4. Kompanie des hiesigen Fußartillerie-Regiments. Nach einem Bericht soll sich Sg. Mißhandlungen Untergeordneter, nach einem anderen Unregelmäßigkeiten bei der Verwaltung der Kompanie haben zu schulden kommen lassen.

— Militärische Übungen auf dem Domplatze. Auf die Anfrage eines Mißbürgers hat die hiesige königliche Kommandantur folgenden Bescheid gegeben: Auf Ihre Anfrage vom 18. April cr. gereicht Ihnen zum Bescheide, daß ein Betreten des Domplatzes zur Zeit, wo dort militärische Übungen abgehalten werden, insofern gestattet ist, als dadurch eine Belästigung der exerzierenden Abteilungen ausgeschlossen ist.

— Wasserstand der Elbe. Die Elbstrombauverwaltung teilt mit, daß auf der Elbe ein weiteres Steigen des Wasserstandes zu erwarten ist. Unter Zugrundelegung der vom hölzernen Landeswasserstande aufgestellten Vorhersage, daß am 21. d. M., abends, in Torgau ein Wasserstand von 4.40 Meter eintreten wird, berechnet sich annähernd für Wittenberg am 22. Mai, abends, ein Wasserstand von 4.00 Meter, Koblenz am 23. Mai von + 4.00 Meter, Barby am 23. Mai von + 4.30 Meter, Magdeburg am 24. Mai von + 3.80 Meter, Tangermünde am 25. Mai von + 4.20 Meter, Sanbau am 25. Mai von + 4.30 Meter.

— Klein aber unaufrichtig ist folgende Notiz, die man in Natur- und Volksarzt, herausgegeben von W. Wogt in Leipzig, lesen kann:

Der Parteivorstand der Sozialdemokraten hat die von den verschiedenen Abgeordneten eingereichte Antimilitarismus-Petition nicht unterschrieben. Begrüßung! Denn Debel's Tochter und Liebste des Sohns studieren — Medizin!

Unselbst und Unkenntnis halten sich in dieser Notiz die Wage. Für die Sozialdemokratie bildet die Frage der Aufhebung des Zuzugzwanges überhaupt keine Parteiangelegenheit. Unter ihren Abgeordneten befinden sich Freunde und Gegner diesbezüglicher Anträge, und ist von den ersteren die Forderung zur Aufhebung des Zuzugzwanges stets unterstützt und auch selbständig gestellt worden. Im übrigen ist Debel's Tochter verheiratet und studiert überhaupt nicht, während Liebste des Sohns Jurisprudenz studiert.

— Los der Nähmaschinen-Näherinnen. „Arbeit macht das Leben süß!“ rufen die Bourgeois den unter dem Joche der Aus-

Genilleton. (Kochbuch des Meisters.)

Ein Geld des Geistes und des Schwertes.

aus den Zeiten des deutschen Hansabandes von A. Otto-Malfer.

„So seid Ihr ein Füllier? Gott meiner Väter, wie man die Leute trifft! Euer Vater, Herr, wenn Ihr, wie's Gesicht giebt und die Sprache, sein Sohn seid, so steht ich noch in großer, großer Schuld, weil er mich hat gerettet und mein Löcherchen, die Judith, vor großer und un-menschlicher Gefahr. Da hab' ich hier einen Ring in meinem Barte verborgen, der war für ihn bestimmt, ist seine guten 300 Gulden wert, und der ist Euer, weil er Euren Vater schon längst gehörte.“

„So hört nun endlich auf, zum Bliz noch einmal, und kommt; Ihr hört doch, daß ich nichts nehme. Wenn Ihr noch einmal anfangt, schlag' ich die Thür zu und laß Euch sitzen.“

„Ihr ist doch schon da; Gott der Gerechte, ist so ein Kriegsmann so ein stolzes Wesen, sind wir doch alle Menschen. Derde's manchmal brauchen können. Wenn Ihr's aber werdet brauchen, sagt's mir; den alten Simeon von Goslar kommen sie alle. Nehmt also nur den Ring oder zum wenigsten die Kadel und beruhigt mein Gewissen.“

„Ich habe Euch schon gesagt, daß ich nichts nehme, und nun kommt oder bleibt.“

„Will ich verschwarzen sofort auf der Stelle, wenn ich's nicht trotzdem vergelte, wenn ich auch folge wie ein Baum, welches der Herr raßt.“

Füllier setzte ohne weiteren Ansehnhalt seinen Gang fort und kam endlich in eine Helle — es war die letzte — in welcher ein hübsches Mädchen, dessen goldblondes schimmerndes Haar umgibt den ganzen Oberkörper wie mit einem dicken Mantel umgeben, auf einem Strohlager hingebettet lag und sich beim grünlich-vollen Dessen der Erde erhob.

„Ist Du's, mein Bruno?“ flüchelte eine junge Stimme.

„Nein, Mädchen, erhebe Dich und komm' mit, Du sollst frei sein.“ entgegnete Füllier.

„Ach, Ihr wollt mich forbringen von der Erde, wo

ich der Ankunft meines Bruns entgegenharre? Nimmermehr!“

„Wer ist denn Dein Bruno? Sage mir's, vielleicht kann ich Dich zu ihm führen?“ mahnte Füllier.

„Mein Bruno ist der Sohn des Bürgermeisters, und man will mich von ihm trennen, weil ich keine Stadtwürger bin. Aber sie trennen uns nicht.“

„Nun, das kann ja ganz wahr sein, aber hier in der Gefangenhaft wirst Du ihn schwerlich treffen; also komm mit in die Freiheit, da kannst Du ihn wenigstens suchen!“

„Und Ihr beirät mich wohl nicht?“

„Da müßt' ich gerade bei Dir, Du liebliches, blondes Kind, den Anfang im Betrügen machen. Aber Du mußt Dich kurz entschließen, denn Jägern bringt Gefahr. Wie? oder fürchtest Du mich?“

„Ich folge Euch wie einem Bruder, denn Ihr erseht mich so, wie ein Bruder. Und Ihr wollt Euch meiner annehmen und mich mit meinem Bruno wieder vereinigen?“

„Wenn ich kann, ganz gewiß; inzwischen biete ich Euch die Freiheit.“

„O, wenn ich frei bin, werde ich ihn schon finden.“

„Des ist vernünftig gedacht, komm denn.“

Füllier schloß eine gewisse Freude, als er nunmehr mit seiner Durchsicherung des Turmes fertig war. Er schritt mit den beiden, durch ihn befreiten Gefangenen in das Kartenzimmer von Margarete zurück und bat sie, ihm zu folgen.

Margarete war schnell bereit, aber das arme Weib sagte:

„Und mich wollt Ihr zurücklassen?“

„Gewiß nicht,“ entgegnete Füllier, „kommt nur mit.“

„Ach, wenn ich schon könnte.“

„Armes Weib, so kommst Du nicht gehen?“

„Ich kann jetzt nicht und vielleicht für immer nicht.“

„So komm her, ich will Dich führen.“

„O, es würde mir zu weh thun.“

„Willst Du denn hier bleiben?“

„Um alles in der Welt nicht; aber man müßte mich

tragen.“

„So will ich Dich tragen, arme Geplagte,“ erklärte Füllier.

Und mit der zartesten Rücksicht, die er nur nehmen

konnte, hob er das arme Weib auf seine Schulter und trat, gefolgt von Margarete, dem Juden und dem blonden Mädchen, während Hans mit der Lampe voranleuchtete, den Rückweg aus dem gefürchteten, von ihm so unerbittlich genommenen Turme an, dessen Räume seit Menschengebenten solch' tolle That nicht gesehen.

Zweihundzwanzigstes Kapitel.

Gründung einer neuen Herrschaft.

Kraus und bunt sah es draußen aus, als Füllier mit seinen Begleitern aus dem Thore des Turmes trat; wüßtes Schreien erfüllte die Luft, durch welches hindurch man kaum die schauerlichen Töne der Sturmglocke vernahmen konnte. Hin und wieder wurden die wildbewegten und erregten Gruppen vom düsterroten Schein der Fackeln beschienen, obwohl letztere kaum so viel Licht verbreiteten, wie der helle Mondschein, der seinerseits wieder von der Morgendämmerung langsam aufgezehrt wurde. Auf der Seite der Brücke, welche nach der Altstadt führte, gab's nur ein buntes Durcheinander von lärmenden streitenden Stimmen; beim Auszug nach der Altenwieh aber und der Klosterfreiheit St. Egidien wurde gekämpft. Die Sache war deshalb sehr erklärlich, weil auf jener Seite die Bürger, die auf Oldendorps und Fülliers Seite standen, so zahlreich erschienen waren, daß nichts gegen sie ausgerichtet werden konnte, während die Bewaffneten der Stadt auf der anderen Seite sich abgeschnitten sahen und den Durchgang erzwingen wollten.

Füllier sah ein, daß es sich für ihn zunächst darum handelte, irgend einen festen Punkt zu gewinnen, auf welchem er seine Schützlinge vorläufig bergen könnte. Und zum Glück trat ihm auch gleich beim Ausgangsmeister Dehl entgegen, dem er seine Bedürfnisse offenbarte.

„Nichts leichter, wie das,“ meinte dieser nach kurzem Bedenken, „unser Leute bewachen den Giesmaroder Turm und werden Euch ohne viel Kapitalieren Platz machen, wenn Ihr nur einmal aus der Stadt seid. Ihr müßt Euch durch den Dohlsweg ganz leise fort über den Steinweg nach der Mauerstraße begeben; ich eile voraus und forge, daß man Euch beim Fallersleberthor ohne Aufenthalt durchläßt.“

(Fortsetzung folgt.)

beutung stehenden Arbeitsbienen zu und diese Arbeitsbienen rufen wieder den Drohnen zu: „Faulheit färbt die Aelber!“ Damit beuten sie jedoch nicht an, daß auch sie faul sein möchten, sondern daß auch die Herren und Damen des Viehes nicht zu gut sind, sich in die Arbeit der Arbeitsbienen zu teilen. Und wenn die Arbeitsbienen gegen unemfängliche Ausbeutung gefühligen Schutzes verlangt, dann schreien die Unternehmer von Annehmungen und Unberücksichtigungen des Arbeiterstandes, die Nicht-als-Freihändler, die Freilinnigen dagegen von einer Beschränkung der „bürgerlichen Freiheit“. Wie nötig jedoch dieser Arbeiterschutz ist, geht aus dem hervor, was der französische Fabrikinspektor Raporte über die Arbeiterinnen an Nähmaschinen sagt: „Es ist selten, daß eine solche, selbst wenn sie krank und von guter Körperbeschaffenheit ist, lange das Handwerk betreiben kann, ohne krank zu werden.“ Eine Besitzerin einer Nähmaschine, die befragt wurde, sagt ebenso: „Nach Ablauf von zehn Jahren ist eine Nähmaschinenführerin für das Hospital reif.“ Zu dem Zwecke eines Arztes, der dem Gesundheitsrat des Departements der Seine angehört, heißt es: „Schon eine zweijährige Tätigkeit an der Nähmaschine genügt, um auch den stärksten Organismus eines Mädchens zu zerstören; Veränderungen der Lage der Gebärmutter und Menstruationsstörungen mit all ihren Begleiterscheinungen treten ein, und noch einige Jahre Tätigkeit genügen, um den Unterleibsorganismus so zu gefährden, daß eine Stepperrin nicht mehr im Stande ist, ein Kind vollständig auszutragen, sondern sie wird zur Früh- oder Fehlgeburt gedrängt.“ Da auch die in der Konfektions- und Weißwarenbranche gezahlten Hungerlöhne nicht entfernt ein Äquivalent für das Opfer an Gesundheit bieten, so wird es für die Eltern eine unabweisliche Pflicht, ihre jungen Töchter, wenn irgend möglich, von der Arbeit an Nähmaschinen fernzuhalten, wollen sie dieselben nicht einem frühen Gleichmüß überantworten. Wenn irgend möglich! Aber leider zwingen eben die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse Hunderttausende von Mädchen zu beratigen Arbeiten, von denen sie selbst wissen, wie verderblich dieselben auf die Dauer werden müssen.

Zur Beachtung für Pferdebesitzer. Ein seltsamer Vorfall ereignete sich am Freitag auf Bahnhof Westend. Ein mit zwei Pferden bespannter Brauerwagen sollte von dort Kohlen holen. Die Pferde fanden zufällig in der Nähe eines Fuhrwerks, das mit Faßkoffen beladen war, und sie ledten daran. Bald zeigten sich bei den Tieren die Merkmale der Vergiftung, und kaum waren sie nach der Brauerei zurückgeführt, als erst das eine, sodann das andere Pferd verendete. Als Ursache ist nach dem Anzeiger für das Havelland Vergiftung festgestellt. In die Düngergrube auf dem Bionierübungsplatz an der Sophienstraße führte Sonntag früh der Arbeiter B. Die schnell herbeigeholte Feuerwehre rettete den Berunglückten von Erstickungsstöße. Ob nunmehr die „Bedürfnisanstalt“ für das Publikum geschlossen oder aber das Gefäß geändert wird, bleibt abzuwarten.

Entlassungen. (Arbeiterentlassungen) Am 15. d. Mts. sind 400 Bergleute der Mansfelder Gewerkschaft, die am 1., wie wir bereits gemeldet, gekündigt worden sind, entlassen worden. Weitere Entlassungen stehen bevor. Von den bisher Entlassenen haben viele auf den Niebelschen Montanwerken, der größere Teil bei dem Bahnbau Halle-Perleberg Beschäftigung gefunden. Von Dauer ist diese Beschäftigung natürlich auch nicht. Was soll aber nun erst mit denen werden, die noch zur Entlassung kommen? Der Niedergang der Mansfelder Gewerkschaft bedeutet für das Mansfeldische Völkchen schwere Tage.

Halle. (Ein Jochl aus dem Handwerkerstande.) In einem hier erscheinenden Blatte findet sich folgende Annonce: Suche für meinen Sohn (groß und stark), welcher seine Bezeit als Schlosser beendet hat, bei tücht. Meister Unterl. gegen geringe Vergüt. Gr. Off. usw.

Mühlberg. (Alles verschlingt der Moloch Militarismus.) Der Schießplatz bei Heitshain ist durch Ausrobdung von mehreren tausend Morgen Wald bedeutend erweitert worden. Das ganze Dorf, welches in dem Walde liegt, wird weggebrochen und muß von seinen Einwohnern verlassen werden. So beschäigt man die in konservativen Wahlkreisen vielgepriesene „heimatliche Scholle“ des kleinen Bauern. Und das alles am Ausgange des 19. Jahrhunderts.

Lauterberg. (Verstümmelt.) Am 16. Mai wurde der in einer unserer Spatgruben beschäftigte Bergmann Klapprodt, ein Mann von 32 Jahren, durch eine einfallende Wand in der Grube verstümmelt. Der Tod trat sofort ein. Der Berunglückte hinterläßt eine Witwe mit einem Kinde.

Wittenberg. (Geädelt.) Im hiesigen Bahnhofbezirk wurde am Freitag nachmittag der Bahnarbeiter Tieg überfahren und sofort getödtet.

Geckemünde. (Vom Patriotismus der Unternehmer.) Hier sollten ca. 500 Arbeiter beim Fischereihafen neu eingestellt werden. Die engagierten Leute sind wiederum zumest Polen und Italiener. Dabei laufen in den Straßen der Unterweserorte Hunderte von Arbeitern herum, die keine Beschäftigung finden können. Aber freilich, die Polen und Italiener sind billigere Arbeitskräfte, weil sie weniger Bedürfnisse haben als die Deutschen.

Die Gefahren des Gebrauchs der Schiekwaffe. Ein in Crauden z entlohener Sträfling wurde in einem Schuppen durch Militärwache und Jivisten umzingelt, und der Posten feuerte auf ihn. Der Schuß prallte an der Wand ab, hat die Wunde zerrißen und den Tod des Sträflings herbeigeführt. Zutreffend bemerkt an der Hand dieser Darstellung der Gräueltat Gefellige: Der Fall ist leicht denkbar, daß ein Posten oder eine Patrouille auf einen Flüchtling schießt und die Kugel in das Schmalsteum oder in das Realschulgebäude fährt und Lehrer oder Schulkinder tödtet, ferner, daß Passanten auf der Straße durch die „verirrte“ Kugel getödtet oder verwundet werden. Der Gebrauch der Schiekwaffe muß daher völlig unterjagt werden.

Hartmannsdorf. (Die Folgen einer Ohrfeige.) Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde der verstorbene Sohn des Ladermeisters Fischer nicht beerdigt, sondern in die Leichenhalle überführt, um die Todesursache festzustellen. Es hat sich hier nämlich das Gerücht fast verbreitet, daß die Ursache des plötzlichen Ablebens auf eine von seinem Lehrer erhaltene Ohrfeige zurückzuführen ist.

Kirchbühl. (Eine Scheune zusammengepöckelt.) Infolge Vordrängung des Gemenis stürzte hier am Sonnabend eine neue Scheune zusammen und begnü 24 Personen unter ihren Trümmern. Eine Person wurde getödtet, eine schwer, die übrigen leichter verletzt.

Leipzig. (Petition.) Die Naturheilvereine wollen petitionieren um Aufhebung der Verordnung, die den Lehrern verbietet, die Naturheilvereine gegen Honorar auszuüben und Vorkurskämmer in Naturheilvereine zu übernehmen, sowie agitatorisch für die Naturheilvereine zu wirken.

Leipzig. (Beschlagnahme.) In einer hiesigen Buchhandlung wurde gestern die Druckfrist: Der teufliche Michel und der räudliche Pappi von Dr. Oskar Paulze, deren Inhalt gegen § 166 des Reichsstrafgesetzbuches (Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen) verstoßen soll, beschlaggenommen.

Steinbruch. (Viehweiden.) In Steinbruch in Oberpörritz zeigten sich bei den Schweinen in den jüngsten Tagen Zeichen von Cholera, infolgebeffen 771 Stück verendeten. Eine vollständige Sperre wurde angeordnet.

Antwerpen. (Ein Zusammenstoß mit der Polizei.) Am Sonntag fand hier zwischen katholischen und liberalen Vereinen ein Zusammenstoß statt. Die Polizei trieb die Kämpfenden auseinander und nahm eine Verschärfung vor. Als die Menge den Verhafteten mit Gewalt zu befreien suchte, machte die Polizei von der blauen Waffe Gebrauch. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Bresch. (50 Leichen gefunden.) Aus den Trümmern der niedergebrannten Stadt Bresch-Litwöl sind bereits über 50 Leichen hervorgeholt. Kaum ein Drittel der Stadt ist verschont geblieben. Der materielle Schaden wird auf einige Millionen Rubel geschätzt.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, den 21. Mai 1895. Der Reichstag ist beschlußfähig. Endlich. Nachdem den Viebesgabenempfängern mitgeteilt worden ist, daß eine Zufendung der Viebesgaben per Postpaket nicht statifindet,

sind die wahrhaften Volksvertreter selbst nach Berlin geeilt um sich die Viebesgaben zu holen. Heute waren 236 Abgeordnete anwesend, von denen 190 für die Verlängerung der Brantweinprämien stimmten. Ehe es jedoch zur Abstimmung kam, wurde über das Gesetz, betr. den Sklavenhandel beraten. Es lagen hierzu Anträge vom Centrum und den Sozialdemokraten vor. Die letzteren hatten beantragt, den Gesetzentwurf an eine Kommission von 14 Mitgliedern zu verweisen. Dieser Antrag wurde aber niedergestimmt. Es wird sofort in die zweite Beratung des Gesetzentwurfs eingetreten. Außerdem kam noch der Gesetzentwurf über die Schutztruppe in Westafrika zur ersten Beratung. Die Vorlage wurde an die Budgetkommission verwiesen. Dann folgte die namentliche Abstimmung über das Zuckersteuergesetz, das gegen die Stimmen der Freilinnigen und Sozialdemokraten angenommen wurde. Ein Vertagungsantrag wird angenommen. Morgen zweite Beratung des Brantweinsteuergesetzes.

96. Sitzung vom 20. Mai.

Um 11 1/2 Uhr wird die Sitzung eröffnet. In der ersten Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Bestrafung des Sklavenraubes und Sklavenhandels legt Kolonialdirektor Kaiser die bei seinem Erscheinen am Bundesratstische aus Anlaß seiner Wiedererhebung von allen Seiten lebhaft begrüßt wird, die Unmöglichkeit dar, einen Termin für die nötige Abschaffung der Sklaverei festzusetzen. Das Deutsche Sklaven kaufen, sei heute schon unmöglich. Jetzt sollen auch die Eingeborenen und sonstigen Anfässigen der Schutzgebiete betroffen werden.

Gegenüber Mollenbuhr (Soz.), der in Anknüpfung an das Verhalten der bekannten Firma Woelber u. Brohm das Einschreiten gegen das Sklavenhalten verlangt, bemerkt Kolonialdirektor Kaiser: Die schwarzen Arbeiter, die von den Deutschen in den Schutzgebieten gehalten werden, erhalten schon jetzt ausreichenden Schutz. Ein Einschreiten gegen die Firma Woelber und Brohm würde auf Grund der Verträge möglich sein.

Abg. Mollenbuhr (Soz.) behauptet, daß dies Gesetz an den tatsächlichen Zuständen nichts ändern wird. Firmen, wie die Hamburger Firma Woelber u. Brohm, würden nach wie vor ihr Sklaven-geschäft fortsetzen können. Die Sklaven haben am schlimmsten im Dienst der Europäer zu leiden. Das Sklavenhalten ist aber auch nach diesem Gesetz gestattet. Während früher der Sklave nur seinen afrikanischen Herrn ernähren mußte, muß er jetzt für den Selbsthalt der Unternehmer arbeiten. Andere Staaten haben viel strengere Bestimmungen. Wir müssen diese Vorlage einer strengen Revision ev. in einer Kommission unterziehen, um Bestimmungen zu treffen, in denen sich die Sklavenhandel treibenden Kapitalisten versagen können.

Direktor Kaiser bestreitet, daß andere Staaten weitergegangen seien als Deutschland. Dies Gesetz werde eben solche Fälle unmöglich machen, wie sie in dem Prozeß gegen die Firma Woelber u. Brohm zur Sprache gekommen seien.

Abg. Mollenbuhr weist demgegenüber auf die Sklavereigesetze Englands und Amerikas hin und beantragt, die Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern zu verweisen.

Der Antrag auf Kommissionsberatung wird gegen die Stimmen der Freilinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt; das Haus tritt sofort in die zweite Sitzung ein.

Zu § 1 (Strafverfolgung) liegt ein Antrag Gröber (Str.) vor, wonach nicht „die Teilnahme“, sondern „die vorzügliche Mitwirkung“ an einem auf Sklavenraub gerichteten Unternehmen mit Zuchthaus bestraft werden soll.

Abg. Stadthagen (Soz.) stellt und begründet einen Antrag, wonach die Vorlage dahin abgeändert werden soll, daß, falls bei einem Sklavensfreisetz der Tod eines der Beteiligten verursacht wird, nur auf Zuchthausstrafe, nicht auf Todesstrafe, wie die Vorlage will, erkannt werden dürfe. Die Todesstrafe sei etwas Unnütziges und dürfe daher nicht in dieses Gesetz aufgenommen werden.

Direktor Kaiser bittet um Aufrechterhaltung der Vorlage. Alle Missionen hätten sich dafür ausgesprochen, daß für dies schwerste aller Verbrechen Todesstrafe festgesetzt werde.

§ 1 wird mit dem Antrag Gröber angenommen.

Zu § 2, der den, der Sklavenhandel betreibt mit Zuchthaus bestraft wissen will, beantragt Abg. Stadthagen (Soz.), daß, wer einen Menschen befreit, erwirbt, veräußert, mit Zuchthaus bestraft wird. In seiner Begründung äußert der Antragsteller, die Vorlage diene in der vorliegenden Gestalt nur der Furchel, er wird deshalb vom Präsidenten Frhr. v. Bülow zur Ordnung gerufen.

Auf Vorschlag des Abg. Gröber (Str.) wird folgende, von ihm beantragte Resolution mit der Beratung über § 2 verbunden: „Die Regierungen um Einbringung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, welcher die in den deutschen Schutzgebieten unter den Eingeborenen bestehende Hausklaverei und Schuldknechtschaft einer ihre Beseitigung vorbereitenden Regelung unterwirft.“

Nach einer kurzen Begründung der Resolution durch den Antragsteller und einigen Ausführungen des Abg. Stadthagen, der Beschwerde darüber führt, daß auch in Deutschland Hausklaverei besteht, wird § 2 unverändert angenommen unter Ablehnung des Antrages Stadthagens.

Für § 3, der in den Fällen der §§ 1 und 2 neben Freiheitsstrafen Polizeiaufsicht und Einziehung aller zur Ausübung des Verbrechens gebrauchten Gegenstände zuläßt, beantragt Abg. Gröber (Str.) eine andere Fassung, nach der neben der Freiheitsstrafe auf eine Geldstrafe gegen Veranfaller und Führer eines auf Sklavenraub oder Sklavenbeförderung gerichteten Unternehmens, sowie gegen Sklavenhändler auf Geldstrafe von 10 000 bis 100 000 Mark und neben der Freiheitsstrafe auf Zuchthausstrafe von Polizeiaufsicht erkannt werden kann.

Bei § 5 weist Direktor im Kolonialamt Dr. Kaiser den Angriff des Abg. Stadthagen zurück, daß die Regierung in den Fällen Leis und Wehlan zu langsam vorgegangen ist.

Der Rest der Vorlage wird angenommen, desgleichen die Resolution Gröber gegen die Hausklaverei.

Der Gesetzentwurf betreffend die Schutztruppe für Südwestafrika und Kamerun wird auf Antrag des Abg. Richter an die Budgetkommission überwiesen. Im Laufe der Debatte konstatierte Direktor im Kolonialamt Dr. Kaiser, daß Konflikte zwischen dem Reichsmarineminister und dem Kolonialamt bisher absolut nicht vorgekommen sind.

Sodann wird die durch die Beschlußfähigkeit am letzten Freitag notwendig gemordene wiederholte Abstimmung vorgenommen. In namentlicher Abstimmung wird das Zuckersteuergesetz jetzt mit 191 gegen 45 Stimmen angenommen. Ein Vertagungsantrag wird hierauf mit 110 gegen 90 Stimmen angenommen.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Tagesordnung: Brantweinsteuer.

Die Budget-Kommission des Reichstages bewilligt im Nachtrags-Gesetz 70 000 Mk. zu kolonialen Zwecken und 50 000 Mk. zur Beteiligung an der Berliner Gewerbe-Ausstellung.

Der Schluß des Reichstages soll am künftigen Freitag erfolgen. In Beratung gezogen werden sollen nur noch die Brantweinsteuernovelle, die dritte Beratung der Zuckersteuernovelle (Verlängerung der Ausfuhrprämien), die dritte Beratung über den Gesetzentwurf, betr. den Sklavenhandel und der Nachtragsetat.

In das Massengrab. Nach der Feststellung des noch zu beratenden Materials scheint die Novelle zur Gewerbeordnung und das Automaten-gesetz der Tabakfabriksteuer und der Umfuzvorlage in das Massengrab nachzufolgen. Das steuerzahlende Volk wird diesen Gesetzentwürfen keine Thräne nachweinen.

Dr. Böttcher hat sich bereit erklärt, wieder eine Kandidatur für den Reichstagswahlkreis Waldeck zu übernehmen. Sein Durchfall ist sicher.

67 200 000 Mark Viebesgaben. Die Germania bringt einen scharfen Artikel gegen die Brantweinsteuer. Sie berechnet die Erweiterung der Viebesgabe durch die Novelle zu Gunsten der Brenner auf jährlich 8 400 000 Mark. Das ist für die Dauer von 8 Jahren, für welche diese Erweiterung der Viebesgabe stattfinden soll, 67 200 000 Mark. Auch die Germania weist darauf hin, daß große Spekulanten an der Novelle interessiert sind, auch an der Terminbörse durch ungeheure Käufe in Differenzgeschäften den Preis getrieben haben.

Preussisches Abgeordnetenhans. Am Montag beschäftigte sich das Hans mit dem Währungsantrag der Bimetallisten. Abg. Mintelen vom Centrum hatte das Amendement eingebracht, die Worte „mit dem Endziel eines internationalen Bimetallismus“ zu streichen. Dem Abg. Arendt, der in seiner einleitenden Rede mit großer Selbstgefälligkeit auftrat und es sogar für angebracht hielt, seine eigene Person zu beweihräuchern, traten die Abgg. v. Geyern und Brömel entgegen, während der Konservative v. Mendel den bimetallistischen Antrag bestürmorte. Nachdem noch der Freikonservative Frhr. v. Belditz seinen Abänderungsantrag begründet hatte, der darauf hinausgeht, in das Endziel des internationalen Bimetallismus auch England einzuschließen, wurde die weitere Beratung auf Dienstag verlag.

Partei-Nachrichten.

In Radom (Pöhlen) siegten bei der Wahl der Gemeinde-Ausschusses die Kandidaten der Sozialdemokraten.

Die sozialistische Organisation zu Rom hat für die bevorstehenden Parlamentswahlen folgende Kandidaten proklamiert: Rom, erster Wahlkreis, Giovanni Domanico, Chefredakteur des Blattes Asino; zweiter Wahlkreis, Enrico Bertet; dritter, Andrea Costa; vierter, De Felice; fünfter, Castellucci. In Albano wurde Podrecca aufgestellt und in Velletri soll De Felice aufgestellt werden.

Strafungen, Verfolgungen etc.

Wegen Tragens republikanischer Abzeichen wurden die Genossen Heinge in Volkmarzdorf und Werner in Stötteritz vom Schöffengericht Leipzig zu 9 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Leipziger Volkszeitung hat die „republikanischen Abzeichen“ nicht näher bezeichnet — ob es eine rote Rose im Knopfloch, eine rote Karte am Hut oder ein rotfarbirtes Taschentuch am Spazierstock war, konnten wir demnach nicht in Erfahrung bringen.

Neueste Nachrichten.

Dresden. Hier legten sämtliche 120 Maurer, die bei der städtischen Ausstellungshalle beschäftigt waren, die Arbeit nieder. Sie verlangen 10 stündige Arbeitszeit und 40 Pfg. Stundenlohn.

Gnesen. Sechs Soldaten des hiesigen 49. Infanterie-Regiments sind an Trichinose erkrankt. Die Lieferanten behaupten, daß das Fleisch untersucht gewesen sei.

Karlruhe. Abg. Muser, der Führer der Demokraten in der badischen Kammer, hat sein Mandat niedergelegt.

Leipzig-Neuditz. Achtung Bergolder! Der Streik der Bergolder bei der Firma B. Groß dauert unverändert fort. Alle Vermittlungsversuche sind gescheitert. Von den 13 Bergoldern und 6 Bergolderinnen, welche in den Streik eintraten, sind nur noch 2 Bergolder, 6 Bergolderinnen und die später gemafregelte Belegerin und 1 Verzierungswalzer zu unterstützen. Da Herr Groß mit den als Ersatz für die Streikenden eingestellten Arbeitern, dies sind Anstreicher, Tapezierer, Kutscher, Wachstucharbeiter etc. für die Dauer nicht arbeiten kann, so bitten wir, bis auf weiteres den Zugang strengstens fernzuhalten. Die Versuche, von auswärtig fertige Leisten zu beziehen, ist an der Solidarität der betreffenden Arbeiter gescheitert. Alle Anfragen etc. sind zu richten an G. Struch, Leipzig-Neuditz, Restaurant Zahn, Kronprinzstr. Nr. 6.

Schlawaen. Lehrer Leikow nebst Frau wurden wegen Verdachts, das Schulhaus angezündet zu haben, verhaftet. Das Schulhaus war v a u f ä l l i g. Schlawen liegt in Pommern.

Paris. Der Justizminister bekämpft die Dringlichkeit des sozialistischen Antrages auf Abschaffung des Anarchistengesetzes und weist nach, daß die betreffenden Gesetze keinen Mißbrauch herbeigeführt hätten; sie seien einfach Gesetze zum Schutze der Bürger. Die Dringlichkeit wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Paris. Aus Aurillac wird berichtet, daß 500 Bergarbeiter der Schächte von Champagne die Arbeit niedergelegt haben, weil zwei ihrer Kameraden, die von der Arbeit ausblieben, mit Geldstrafen belegt wurden. Die Ausständigen verlangen außerdem Lohnerhöhung.

Wasserstände.

	Moldau.	Eger.	Isar.	Elbe.	Saale	Mühl
Budweis . . .	18. Mai	+ 0.90	19. Mai	+ 0.62	0.28	—
Prag . . .	„	+ 1.62	„	+ 2.60	—	0.98
Jungbunzlau . . .	„	+ 0.32	„	—	—	—
Leana . . .	„	+ 0.83	„	—	—	—
Parndorf . . .	„	+ 0.90	„	+ 1.30	—	0.40
Brandeis . . .	„	+ 1.00	„	—	—	—
Reinitz . . .	„	+ 1.18	„	+ 2.22	—	1.04
Reitmeritz . . .	„	+ 0.84	„	+ 1.48	—	0.64
Kügitz . . .	„	—	„	+ 2.10	—	—
Leipzig . . .	„	—	„	+ 2.10	—	—
Trosden . . .	19. Mai	+ 0.34	20. Mai	+ 1.65	—	1.31
Torgau . . .	„	+ 2.38	„	+ 3.02	—	0.69
Wittenberg . . .	„	+ 2.50	„	+ 2.87	—	0.37
Wolken . . .	„	+ 1.98	„	+ 2.40	—	0.42
Wörth . . .	„	+ 2.48	„	+ 2.90	—	0.42
Magdeburg . . .	„	+ 1.96	„	+ 2.20	—	0.24
Langensalza . . .	„	+ 2.70	„	+ 2.78	—	0.68
Wittenberge . . .	„	+ 2.52	„	+ 2.64	—	0.68
Wittenberg . . .	„	+ 2.03	„	+ 2.00	—	—
Wittenberg . . .	„	+ 2.19	„	+ 2.11	—	—

